

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 13.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Werbeanzeige 6.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2990.

Nr. 86

Donnerstag, den 14. April 1921

12. Jahrgang

Amerikas Friede mit Deutschland.

Präsident Harding über die künftige auswärtige Politik Amerikas.

Washington, 12. April. Die Stelle in der Botschaft des Präsidenten Harding, die sich mit der Frage der äußeren Politik befaßt, lautet wie folgt: An dem augenblicklichen Wunsche einer Weltregierung mit seinen Übervornachtern wird unsere Republik keinen Anteil haben. Es kann hier keine Mißdeutung geben. Einen Verrat an dem wohlwollenden Willensausdruck des amerikanischen Volkes bei den letzten Wahlen wird es nicht geben. Es ist nur fair, der Welt im allgemeinen und unseren Alliierten im Kriege im besonderen zu erklären, daß der Völkervertrag unsere Genehmigung nicht erhalten kann. Auch offenkundig würde das höchste Ziel des Völkervertrages dadurch hinfällig werden, daß der Bund mit dem Friedensvertrage verteidigt und dadurch zu einem Zwangsmittel der Sieger im Kriege wurde. Die fundamentalen Ziele, die jede solche Vereinigung zu erreichen sucht, können nicht gelingen, solange diese Vereinigung das Organ irgendeines besonderen Vertrages oder zur Erlangung der besonderen Ziele irgendeiner Nation oder Gruppe von Nationen bestimmt ist. Das bei den Wahlen gegebene Versprechen, nach einem Verbands der Nationen zu streben, wird treu gehalten werden. Mit Bezug auf die Frage eines Sonderfriedens mit Deutschland sagt Harding in der Botschaft außer dem bereits Gesagten noch: Die Vereinigten Staaten stehen als einzige unter den alliierten und assoziierten Mächten noch technisch im Kriegszustand mit den Mittelmächten. Diese anormale Lage darf nicht weiter fortauern. Um technisch den Friedenszustand ohne Verzug herzustellen, werde ich eine diesbezügliche erklärende Entschlebung des Kongresses mit den Einschränkungen, die wesentlich sind, um alle unsere Rechte zu schützen, gut heißen. Eine solche Aktion könnte in keiner Weise als eine Desertion von denjenigen ausgelegt werden, mit denen wir im Kriege gemeinsam unsere Opfer gebracht haben, denn diese Mächte befinden sich bereits im Friedenszustand. Eine solche Entschlebung will nichts weiter als den Friedenszustand erklären, den ganz Amerika fordert. Es würde unklug sein, eine Darlegung über die zukünftige Politik in bezug auf europäische Nationen in einer solchen Erklärung des Friedenszustandes zu machen. Es würde eitel sein einen separaten Friedensvertrag mit den Mittelmächten zu schließen. Unter der Annahme, daß dies allein hinreichend sei, würden wir, da die Lage so verwickelt ist, auch unsere Friedensverbindlichkeiten, alle Weltbeziehungen und bereits erfolgte Regelungen nicht außer acht lassen können. Es ist auch nicht wünschenswert, daß dies geschieht. Bei der Wahrung unserer eigenen Rechte und bei der Festsetzung unserer zukünftigen Beziehungen würde als der glücklichere Weg die Annahme der Bestätigung unserer Rechte und Interessen, wie sie bereits der bestehende Vertrag vorsieht, erscheinen, natürlich unter der Annahme, daß dies befriedigend erreicht werden kann durch deutsche Vorbehalte und Änderungen, die unsere unbedingte Befreiung von nicht ratsamen Verpflichtungen sichern und alle unsere wesentlichen Interessen schützen. Harding erklärt weiter, der Anteil Amerikas bei der Neuordnung und Wiederherstellung könne nicht außer acht gelassen werden und müsse genau bestimmt werden. Nachdem die Überregierung des Bundes endgültig abgelehnt und der Welt mitgeteilt worden sei, und nachdem der Friedenszustand vom Hause erklärt worden sei, könne Amerika dazu übergehen, vertragliche Beziehungen abzuschließen, die so wesentlich wären für die Anerkennung der Rechte der amerikanischen Nation und von neuem einen vollen Anteil durch den Anschluß an die Völker der Welt bei der Verfolgung des Friedens nehmen. — Amerika habe seine Verpflichtungen bei der Schaffung der Ruhe in Europa. Diese Restauration müsse geschaffen werden, bevor der Fortschritt wieder einsehen könne. Hilfsbereitschaft, erklärte Harding, bedeute jedoch nicht Verwicklung, und Teilnahme an wirtschaftlichen Anordnungen bedeute nicht eine Bürgschaft für Vertragsverpflichtungen, die uns nicht betreffen, und an denen wir keinen Anteil haben.

Washington, 13. April. Nach einer Reutersmeldung sagte Präsident Harding in seiner Botschaft noch: Die Entschlebung des Kongresses zugunsten eines Sonderfriedens darf keine Schwierigkeiten bieten bei der Ausführung gerechter Reparationen für den Wiederaufbau, nach dem sich ganz Europa lehnt. Unsere Haltung bezüglich der Verantwortung für den Krieg und der Notwendigkeit gerechter Reparation ist schon formell festgelegt worden. Präsident Harding billigte die Entschlebung des Kongresses, den Friedenszustand wieder herzustellen und bezeichnet es als unmöglich, die bereits getroffenen Abmachungen zu ignorieren. Er sagt, es würde klüger sein, die Anerkennung der amerikanischen Rechte und

Interessen anzunehmen, wie sie unter dem bestehenden Verträge vorgehen seien mit Vorbehalten, die die vollkommene Freiheit gegenüber unratsamen Verpflichtungen von amerikanischer Seite sichern. Unser Anteil bei der Wiederherstellung und beim Wiederaufbau, sagte er, könne nicht übersehen werden, und wenn der Völkervertrag endgültig abgelehnt ist, können wir in Verhandlungen zur Herstellung vertraglich festgelegter Beziehungen eintreten, die wesentlich sind zur Anerkennung unserer Rechte.

Der Generalstreik in England wahrscheinlich.

London, 13. April. (Reuter.) Der Arbeiterdreibund hat beschlossen, daß der Ausstand am Freitag abend um 10 Uhr beginnt.

London, 13. April. Die Lokomotivführer und Heizer, die eine von der nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner unabhängige Vereinigung bilden und deren Haltung bisher zweifelhaft war, haben beschlossen, am Freitag auch ihrerseits den Ausstand zu beginnen.

London, 13. April. Der „Star“ meldet, einzelne Arbeiterführer, insbesondere Henderson und Clynes, seien im Sinne einer friedlichen Regelung des Streikes tätig. Thomas erklärte, zahlreiche Arbeiterverbände, darunter auch die Elektrizitätsarbeiter, würden sich einer Aktion des Arbeiterdreibundes anschließen. Lloyd George erklärte im Unterhause: Der Ernst der Lage nehme dauernd zu. Er drückte die Hoffnung aus, daß weitere Ratschlüsse die Oberhand erhalten würden. Die Mehrheit der Seelente hat bisher gegen den Streik gestimmt. Morgen findet im Unterhause eine Sitzung des Parlamentsausschusses der Gewerkschaften, des nationalen Ausschusses der Arbeiterpartei und der Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei statt. Für morgen ist eine nationale Konferenz aller Verbände einberufen, die der Federation of General Workers angeschlossen sind. Diese Organisation umfaßt 1½ Millionen Mitglieder in England, die auf über 100 Industrien außerhalb der für den Arbeiterdreibund in Betracht kommenden verteilt sind. Blättermeldungen zufolge haben 5000—6000 Bergarbeiter in den Mittelnachtsstunden einen entschlossenen Angriff auf die Zentralverteilungsstation der nordbritischen Eisenbahn in Fifehill ausgeführt. Die Signalwärter wurden gezwungen, ihre Posten zu verlassen. Güterzüge wurden geplündert, beträchtliche Lebensmittelmengen weggeführt. Polizeiverstärkungen, die in Lastwagen eintrafen, Militär und Marine unterdrückten die Unruhe.

Die Deutsche Volkspartei gegen Stegerwalds Regierungsliste.

Berlin, 14. April. Auch der gestrige Tag hat eine endgültige Lösung der Frage der preussischen Regierungsbildung nicht gebracht. Die gestern von einigen Blättern veröffentlichte Ministerliste dürfte jedoch, wie der „Berl. Lokalan.“ zu wissen glaubt, kaum einer Änderung unterzogen werden. Auf die Einwendungen der Deutschen Volkspartei gegen diese Kabinettszusammensetzung habe Stegerwald erklärt, er könne aus mehreren zwingenden Gründen an der Ministerliste an ihrer ungefähren Gestalt wesentliche Änderungen nicht mehr vornehmen. Die Deutsche Volkspartei habe darauf dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie nunmehr seinem Kabinett das Vertrauensvotum verweigern werde.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Preussischen Landtages stehen vier große Anfragen und sechs Anträge, die sich sämtlich auf den Kommunistaufbruch in Mitteldeutschland und die damit zusammenhängenden Vorgänge beziehen. Wie das „Berl. Tageblatt“ hört, wird der bisherige Minister des Innern Severing die Interpellation sofort beantworten.

(Die Opposition der Deutschen Volkspartei gegen die voraussichtliche Zusammenlegung des Kabinetts Stegerwald kann natürlich nur ein um so größeres Vertrauen der Sozialdemokratie zur Folge haben und beweist, daß tatsächlich allein die alte Koalition in Preußen regierungsfähig geblieben ist. D. Red.)

Internationale Weltfriedensdemonstration am 1. Mai.

In Ausführung des Aufrufes des internationalen Gewerkschaftsbundes, in allen Ländern den 1. Mai durch Demonstrationen zu feiern, fordern der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund die deutschen Arbeiter und Angestellten zu Kundgebungen auf für die Durchführung des internationalen Arbeiterschutzes in allen Ländern, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für die Sozialisierung der Bodenschätze, für die internationale Arbeiterfortschrittlichkeit und für einen wirklichen Weltfrieden.

Reparation und 1. Mai.

Von Hermann Müller-Franken.

Der 1. Mai dieses Jahres erhält durch den Vertrag von Versailles seine besondere Bedeutung. Am 1. Mai 1921 soll festgestellt werden, welche Gesamtsumme Deutschland für Wiedergutmachung an die Siegermächte schuldet. Bis zum 1. Mai 1921 soll ferner Deutschland Sachgüter im Werte von 20 Milliarden Goldmark an die siegreichen Entente-Staaten geliefert haben. Nach Auffassung der deutschen Regierung hat Deutschland bereits jetzt etwas mehr als dies geliefert. Die Entente-Staaten bewerten das Geleistete jedoch mit 12 Milliarden Goldmark weniger. Sie wollen Werte wie die Frankreich übergebenen Saargruben (im Werte von 1 Milliarde Goldmark), wie das übergebene Staatseigentum in den Abtretungsgebieten u. a. mehr als nicht liquide Werte auf die 20 Milliarden Goldmark nicht anrechnen lassen. Kann Deutschland die geforderten 12 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai nicht zahlen, würde es die Festlegungen des Reparationsausschusses als mit seiner Leistungsfähigkeit unverträglich nicht anerkennen, so drohen ihm nach den Pariser Ministerreden der Briand, Barthou, Loucheur neue schwere Sanktionen, die, wenn wir den Pariser Stimmen trauen dürfen, praktisch kaum viel weniger als neuen Krieg bedeuten.

Der 1. Mai, von den sozialistischen Arbeitern der ganzen Welt seit Jahrzehnten dem Gedanken der Völkervereinigung geweiht, soll nach dem furchtbaren Ergebnis dieses Weltkrieges die Völker nicht in der Parole: „Krieg dem Kriege!“ einig finden, sondern der Ausgangspunkt neuer kriegerischer Handlungen werden. Daraus können nur die Nationalisten aller Länder Nutzen ziehen. Weil so neuer Haß gesät würde, müssen alle Freunde des Friedens das Neueste tun, damit sich in letzter Stunde die Vernunft durchsetzt.

Vorarbeit dafür haben die drei Konferenzen geleistet, die Ende März und Anfang April in Amsterdam tagten und von den Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Gruppen einberufen waren.

Wenn in Amsterdam eine gemeinsame Tagung auch nicht zustande kam, so waren die drei Konferenzen doch einig darin, daß bis zur Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit Reparation geleistet werden muß, und daß gewaltsame Mittel zur Durchsetzung dieses Zweckes zu vermeiden sind. Die in den drei Konferenzen gefaßten Beschlüsse liefern wertvolles Material für die Lösung der Reparationsfrage. Auch der zuletzt von der Internationale 2½ vorgelegte detaillierte Wiederaufbauplan muß sorgfältig geprüft werden, obwohl die vorgeschlagene Errichtung eines nationalen Wiederaufbauamtes in Frankreich und eines internationalen Wiedergutmachungsamtes sicherlich nicht schnell durchzuführen sind, denn in dem siegreichen Frankreich sind Kräfte maßgebend, die für den Wiederaufbau eine nichts weniger als sozialistische Lösung suchen. Die gespaltenen sozialistischen Parteigebilde Frankreichs haben keinen Einfluß auf die Regierung. Wichtiger ist aber, rasch eine Lösung zu finden, die Europa statt neuer Sanktionen ruhiges Weiterarbeiten ermöglicht. Denn der 1. Mai steht vor der Tür.

Auf welchem Wege können wir nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen zu neuen Vorschlägen kommen? Das ist die Frage. Daß Deutschland zu solchen bereit ist, steht nach dem Berner „Matin“-Interview des Reichsaußenministers Simons nicht mehr in Frage. Die albernsten Katastrophenspekulationen der Rechten, die alle Tage in die Welt schreien, daß der Versailler Vertrag erlitten sei, und glauben, damit genug getan zu haben, mögen darüber noch so sehr zetern. Die Londoner Verhandlungen haben ergeben, daß sich die Entente-Regierungen und die deutsche Regierung über zweierlei nicht einigen konnten: 1. über den Wert der bis zum 1. Mai getätigten Vorleistungen, 2. über die unter Berücksichtigung der deutschen Leistungsfähigkeit festzusetzende Gesamtsumme für Reparation.

Die Konferenz der Zweiten Internationale hat in diesem Streite weder für die eine noch für die andere Seite Stellung genommen. Sie hat nur verlangt, daß solche Streitigkeiten im Geiste der Gerechtigkeit und in einem der Gerechtigkeit entsprechenden Verfahren ausgeglichen werden, und deshalb vorgeschlagen, daß diese Streitfragen einer Sachverständigenkommission zur Entscheidung überwiesen werden sollen, welche der Völkerverbund oder eine andere für beide Parteien annehmbare Instanz einsetzt.

Eine solche für beide Parteien annehmbare Instanz muß sich bei guter Willen auf beiden Seiten finden lassen. Die alte und die neue Welt haben ein Interesse daran, daß der normale Handels- und Wirtschaftsverkehr auch mit Deutschland nicht dauernd durch kriegerische Ereignisse gehindert wird. Aber ich höre einen Einwand: Frankreich, England, vielleicht auch Amerika werden sagen, daß Deutschland mit einem solchen Vorschlag wieder einmal Verschleppungsmanöver beabsichtigt, um sich von der Zahlungspflicht zu drücken.

Danziger Nachrichten.

Zur Senkung des Kartoffelpreises

hat die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages folgende große Anfrage an den Senat gestellt:

Die Preisspanne vom Erzeuger bis zum Kleinhandelspreis beträgt für einen Zentner Kartoffeln 8,50 Mk. Davon erhält der Großhandel in diesem Maße alle die Kartoffelverwertung Danzig a. m. b. G. für die Verwertung der Kartoffeln an den Kleinhandel 3 Mk. Unkosten für Einmahlung oder durch Frost entstehenden Schwind hat die Kartoffelverwertung Danzig nicht mehr zu befürchten. Die für die Kartoffelverwertung in Betracht kommende Vergütung von 5 Mark für einen Zentner erscheint weitest greifend der Verdünnung viel zu hoch und erregt mit Recht Missgunst.

Was gedenkt der Senat zu tun um die Preispanne bei Kartoffeln vom Erzeuger bis Großhandelspreis wesentlich zu vermindern?

Auf die Antwort der auf Erhaltung des profitorientierten Gewinn einstellungen Senats wird man gespannt sein können. Werden auch die bürgerlichen Parteien mit ihm stimmen, auch diesmal wieder für die weitere Aufrechterhaltung der breiten Preisspannen eintreten? Auch diese Frage wird mit der Erledigung dieser Anfrage beantwortet werden.

Die Neuregelung der Milchwirtschaft

ist in letzter Zeit mehrfach Gegenstand der öffentlichen Diskussion gewesen. Auch die Verbraucherämter hat sich mehrfach mit der Milchfrage eingehend beschäftigt und nahm getreu zu ihr eine bestimmte Stellung. Von der bisherigen Milchbewirtschaftung ist man nicht ganz befriedigt. Von einer völligen Freigabe aber erwartet man noch viel weniger. Das jährliche Wachsen der Behörden bei der Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung hat das Vertrauen gemindert. Deshalb will man den Wünschen der Kleinhandlärer und Erzeuger nachschauen und eine Milderung der öffentlichen Bewirtschaftung der Milch und Molkereierzeugnisse zulassen. Der Kleinhandelspreis vor 1,60 Mark und die Milch für Säuglinge und Kranke soll beibehalten werden. Eine Ausfuhr von Milch und Molkereierzeugnissen soll verboten bleiben. Die Außenhandelsstelle soll auch Zulassungen nicht zulassen. Auch für Butter und Käse sollen Höchstpreise beibehalten werden. Im übrigen soll der Handel mit Milch und Molkereierzeugnissen frei sein. Dieser Versuch soll zunächst für den Sommer gelten. Die abgelaufenen Bestimmungen sollen aber mit Rücksicht auf die Strenge seitens der Behörden durchgeführt werden. Weitere Einzelheiten sollen in einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen der Verbraucherämter, der Milchhandelsorganisation und der Erzeugerorganisation mit den Behörden festgelegt werden.

Nach den Erfahrungen, die bisher mit der Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung bei anderen Artikeln gemacht worden sind, muß die eben vorgeschlagene Neuregelung der Milchbewirtschaftung als heftiges Experiment angesehen werden. Wenn die Behörden die Bestimmungen so leicht wie bisher handhaben, wird dem schrankenlosen Preiswucher für sein gewöhnliches Handwerk durch die teilweise Freigabe des Handels vollständig Ein und Tor geöffnet. Die Folge der Lockerung der öffentlichen Bewirtschaftung wird sein, daß die Milch hinterherum an die Amdschaft verkauft wird, die die besten Preise zahlt. Auf dem Gebiete der Ernährung unserer Säuglinge, denen die Milch beim Entzogen wird, werden dadurch geradezu katastrophale Wirkungen ausgelöst werden. Schon jetzt ist es mit der Ernährung der Säuglinge schlimm bestellt. Wie soll es aber erst werden, wenn die Kontrolle über den Verkauf durch die Aufhebung der Bewirtschaftung vollständig verloren geht? Das unsere Behörden die Auswüchse, die sich dabei herausbilden werden, verhindern können, muß nach allen Erfahrungen bewiesen werden. Wir warnen daher in letzter Stunde im Interesse der Säuglingsernährung ganz entschieden vor derartigen Experimente.

Vortrag über Georg Büchner. Den bereits früher vom Bildungsausschuß angekündigten Vortrag über den Dichter Georg Büchner wird Genosse Dr. Bing nunmehr am kommenden Sonnabend, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr in der Aula der Hfshule, Heilige Geiststraße 111, halten. Da der bereits stattgehabene Vortrag über Heinrich Heine großen Anklang gefunden, so ist zu erwarten, daß dieser Vortrag guten Besuch finden wird. Georg Büchner, der heute nur wenig bekannt ist, stand dem arbeitenden, um die Befreiung

ringenden Volke besonders nahe. Wenn seine erfolgreich begonnene Dichterkarriere auch durch einen frühen Tod beendet wurde, ist Büchner für die Literatur unserer Zeit dennoch von bedeutungsvollem Einfluß gewesen. Einlaßkarten zum Vortrag sind zum Preise von 1 Mk. am Saaleingang erhältlich.

Die Danziger Straßenbahn im Jahre 1920.

Aus dem erschienenen Geschäftsbericht des Vorstandes der Danziger Straßenbahn A.-G. ist zu entnehmen, daß der Straßenbahnverkehr im Jahre 1920 auf etwa 74 Prozent des Friedensumfanges beschränkt war. Von den abgelegten Linien im Innern der Stadt ist nur die Strecke Weibengasse-Gaustschuhof wieder in Betrieb genommen. Die Fahrpreise erhöhten sich am 22. April um 100 Proz., die so gestiegenen Preise am 6. Juli noch einmal um 50 Proz. Durch die erste Erhöhung erfolgte eine Verringerung der Einnahmen um 19,4 Proz., durch die zweite um 6,2 Prozent. Die gesamte Fahrleistung betrug 4.925.648 Kilometer gegen 4.285.320 Kilometer im Vorjahre. Die Ertragsleistung betrug 7,7 Prozent. Die Einnahmen erforderten eine Steigerung von 103,6 Prozent und zwar von 5.507.874,79 Mark auf 11.825.826,11 Mark. Außerdem erzielte die Gesellschaft einen Gewinn aus der Stromabgabe ihres Elektrizitätswerkes Neufahrwasser. Die gesamte Betriebseinnahme betrug 11.942.042,61 Mk., die Gesamtausgabe 9.882.178,71 Mark; der Rohüberschuss 2.059.863,90 Mark. Von dieser Summe sollen 1.200.000 Mark zu Erneuerungen und Abschreibungen verwendet werden. Zur Deckung der laufenden Ausgaben gelangte die Gesellschaft zu einer Dividende von 7 Prozent; außerdem erhielt der Aufsichtsrat ein Extragehalt von 16.842,11 Mark. Aus den übrigen Einzelheiten des Berichtes interessiert noch, daß die Fahrleistung im Juni mit 429.202 Kilometer ihren höchsten Stand erreichte. Die Anzahl der beförderten Personen wurde dagegen im März, alle vor der letztmöglichen Fahrpreiserhöhung, mit 2.101.238 Fahrgästen erreicht. In den Vorjahren wurde stets der Ferienmonat Juli den höchsten Personenverkehr. Die höchsten Einnahmen brachte der August mit 1.269.000 Mark. Zu Gehalt und Pension zahlte die Gesellschaft im Jahre 1920 insgesamt 1.236.241,08 Mark. Ueber die Wiederaufnahme des Betriebes der übrigen abgelegten Linien schwieg sich der Bericht aus. Dem Publikum und auch von der Stadtverordnetenversammlung ist wiederholt der dringende Wunsch ausgesprochen worden, den Verkehr auf sämtlichen Linien wieder zu eröffnen. Auch ist die beabsichtigte Erhöhung der Endstellen der Straßen wieder an ihren alten Platz zu verlegen. Der Verkehr nach Neufahrwasser ist ein touristisches Kapital für uns. Die Straßenbahn-Gesellschaft hat außerdem den Wunsch, auch weiterhin das am meisten kritisierte Verkehrsunternehmen Danzigs zu bleiben.

Vor etwa Jahresfrist brachte die „Volkstimme“ die aufsehenerregende Mitteilung, daß die Aktionäre der Straßenbahn-Gesellschaft eine Erhöhung der Fahrpreise verlangten, angeblich wegen der schlechten Geschäftslage der Gesellschaft. Zunächst wurde aber die Erhöhung der Dividenden von 4 auf 7 Prozent beschlossen. Diese Verabschiedung führte bekanntlich zu einer längeren Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung über das Geschäftsgeladen der Gesellschaft. Der diesjährige Geschäftsbericht zeigt, daß die Kritik durchaus an Platz war und daß es höchste Zeit wird, daß die Stadt einen entscheidenden Einfluß auf die Straßenbahn erhält. Wir sehen die endgültige Lösung dieses Problems nicht in der Übernahme eines größeren Aktienkapitals, sondern in der vollständigen Übernahme der Straßenbahn in öffentliche Hände. Wie das Geschäftsergebn zeigt, ergeben sich für die Stadt durch den nicht die Bedenken, die von den Gegnern der Kommunalisierung stets ins Feld geführt werden. Auf der anderen Seite würde damit endlich die Möglichkeit zur Befreiung der dringlichsten Mängel im Straßenbahnverkehr gegeben werden.

Der Bund der Schüler-Turn- und Sportvereine veranstaltete am gestrigen Nachmittag in der Sporthalle sein Turnfest, um Zeugnis über die im Winter geleistete Arbeit abzulegen. Senator Strunt eröffnete mit einer kurzen Ansprache, worin er auf die Bedeutung der Reichsbildungen hinwies, die Veranstaltung. Hierauf zeigten circa 100 Schüler und Schülerinnen Stadien. Die vorbereitend erst und gefällig durchgeführt wurden. Mitunter an Rhythmus und Barren verrichteten gute Ausbildung der Ausübenden. Jüngerstärker und Dreikampfsport kamen als Wettkämpfe zum Ausdruck und alle Mannschaften waren mit Eifer bei der Sache. Ein Turnlehrer zeigte mit seinen 4 Kindern im Alter von 4, 6, 9 und 12 Jahren Kinder- und Leberturnen. Hierbei wurde bewiesen, daß ohne besondere Aufwendungen Turnen im Hause

den Jung und alt ausgeübt werden kann. Besonders der 4 Jahre alte Knabe machte seine Sache allerseits und machte sich mit Erfolg seinen älteren Geschwister gleich zu kommen. Übungen am Barren und Barren sowie an den Schwebbänken. Letztere ganz besonders für den Jüngsten sehr geeignet. Sehr gute Abwechslung. Die Schiffe fanden drei mit viel Sorgfalt eingeübte Volkstänze reicher Inhalt. Zum noch einige Worte zur Vorbereitung der Turnereisen. Es wäre auch für denartige Aufführungen die kurze Antehol zu empfehlen, da die Turnhölzer ansehnlich uneben sind. Ganz betont ist hier es aber auf, daß eine junge Dame mit Backsteinen, durchbrochenen Eisenringen, Turnhölzern und Eisenblöcken als Fortschritt fungierte. Es wäre u. a. Pflicht des Betreffenden, die junge Dame in die Reihen der Zuschauer zu stellen.

Stadttheater Danzig. Eingetretener Hindernisse halber kann das für morgen, Freitag, angelegte Gastspiel von Frau v. Catopel als „Leonore“ nicht stattfinden. Herr Hans Watteug wird als „Manrico“ allein gastieren. Die Gastspielpreise werden auf erhöhte Preise herabgesetzt. Für bereits gelöste Karten wird die Differenz an der Kasse zurückgezahlt. Am Sonntag wird Frau v. Catopel bestimmt mit Herrn Watteug in „Hoffmanns Erzählungen“ in den drei Partien als Olympia, Giulietta und Antonia und Herr Watteug als Hoffmann gastieren. Zu dieser Vorstellung gelten Gastspielpreise.

Bevorstehende Sperrung der Fernzüge für den Vorortverkehr. Von der Preistadt-Eisenbahndirektion wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit macht sich bei einem Teil des reisenden Publikums das Problem bemerkbar, sich bei den von Danzig (Hbf.) abgehenden Fern-Personenzügen der Ausfuhrkontrolle zu entziehen, um Güter, deren Ausfuhr aus dem Preistadtgebiet verboten ist, unangefochten über die Grenze zu bringen. Die Reisenden lösen entweder unabhängig davon, welches ihre eigentliche Zielstation ist, nur eine Fahrkarte bis zu einer Vorortstation oder außerdem noch eine Fahrkarte bis zur tatsächlichen Zielstation. In beiden Fällen wird beim Durchgehen der Zollkontrolle durch Vorzeigen der Vorortfahrkarte der Nachweis erbracht, daß das Preistadtgebiet nicht verlassen wird. Der Reisende, der nur im Besitze einer Vorortfahrkarte ist, löst später nach vorheriger Meldung beim Zugführer die Fahrkarte bis zur tatsächlichen Zielstation nach. Bei der Wichtigkeit, die die Ausfuhrverbote für die freie Stadt Danzig haben, muß darauf Bedacht genommen werden, daß ihre Beachtung auch sündenlos durchgesetzt wird. Deshalb werden von einem nach näher zu bestimmenden Zeitpunkt ab die Fern-Personenzüge nach und von Danzig aus und in der Richtung Neustadt auf den Vorortstationen Langfuhr und Ofiva nicht mehr halten. Reisende von und nach diesen Vorortstationen können mit anschließenden Vorortzügen nach und von Danzig oder Zoppot fahren. Mit dieser Maßnahme ist selbstverständlich auch der Ausschluß der Fern-Personenzüge für den Vorortverkehr verbunden, jedoch auch Reisende mit Fahrkarten Danzig-Zoppot und umgekehrt nicht mehr zur Benutzung dieser Züge werden zugelassen werden.

Liba. Eine Vertrauensmännerziehung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Freitag, den 15. April, um 7 Uhr ebenfalls im Lokal Preiskasse statt. Die wichtige Tagesordnung erfordert zahlreiche Erörterungen.

Liba. Von Freitag, den 15. d. Mts. ab kommen zur Verteilung: 500 Gramm Eierfladen auf Marke 28 der Lebensmittelkarten zum Preise von 2,60 Mk. pro Pfund in sämtlichen Geschäften. — 250 Gr. Grieß auf Marke 2 der neuen grünen Lebensmittelkarten. Marke 17 der gelben Lebensmittelkarten und Marke 3 der lila Lebensmittelkarten bei Dietz, Georgstraße 21. — 125 Gr. Grieß auf Marke 21 der Lebensmittelkarten für Personen über 60 Jahre bei Dietz und Volkman. Der Kleinverkaufspreis für ein Pfund Grieß beträgt 1,70 Mk. Wer die ihm zustehenden Waren bis Dienstag, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf!

Neuzeit. Der Sozialdemokratische Verein hält am Sonnabend, den 16. April, abends 8 Uhr im Lokal Bieler eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Fränel wird einen Vortrag über „Kommunismus und Sozialismus“ halten. Rühmliches und volles Gelingen der Mitglieder wird erwartet. Gäste haben Zutritt.

Frotté-Stoffe 100 cm breit Meter 29⁵⁰ Walter & Fleck

Zoppoter Stadttheater.

„Der Vater“, Trauerspiel in drei Aufzügen von August Steinberg. Zweites Gastspiel von Ludwig Hartau und Hilde Felsch.

(Wegen Raummangel aus der gestrigen Nummer zurückgestellt.)

Das zweite Zoppoter Hartau-Gastspiel besetzte uns eine Aufklärung von Steinbergs „Vater“. Das Werk ist eine der charakteristischsten, gelungensten und dramatisch geschlossenen Schöpfungen des großen schlesischen Dichters und hat zuerst nach der Berliner Aufführung durch die Freie Volkstheater Ende der achtziger Jahre den Ruhm seines Autors in Deutschland begründet. Das Grundthema ist, wie meistens bei Steinberg, der ewige Kampf der Geschlechter, der das Eheleben zur Hölle auf Erden werden läßt, und in dem der empfindsamere Mann unter der kalten, formalen Kultur des Weibes schließlich seelisch und geistig in sich selbst zerperstet zerbricht. Während Hilde in der Frau neben dem ewig-Weiblichen, das uns hinanzieht, erblickt, erblickt sie bei Steinberg als der Vater, der dem Manne in gefährlicher Anwesenheit die Lebenskraft auslauft. Im Gegenfuge zu Steinbergs späteren Werken, die nur noch Momente des Hades und der Zerkleinerung sind und infolge ihrer Paradoxie und dramaturgischen Unklarheit vielfach geradezu lächerlich wirken, behauptet „Der Vater“ durch die psychologische Gehalt und Vertiefung der Charakteristik und durch die dramatische Konzentration und Scharfsinnigkeit seinen Platz als eine der markantesten Schöpfungen der modernen Bühnenliteratur und hat das Schaffen der nachfolgenden Generation reich befruchtet.

Ludwig Hartau ist in der Gestalt des Rittmeisters ein Menschenjoch von erschütternder Lebensgröße. Die innere

Zermürbung und Aushöhlung dieses bei aller äußerlichen Rauheit und Härte im Grunde weichen und unselbständigen Mannes und sein verzweifelter, hoffnungsloser Kampf gegen die fast übermenschliche Bosheit seines Weibes, erstanden vor uns mit zwingender Lebendigkeit. Der Künstler hat nur den Fehler, manchmal ganze Sätze zu verschlucken und dadurch das Verständnis zu erschweren.

Als Bische war der Rolle der Laura bei weitem nicht gewachsen. Zwar war sie ehrlich bemüht, den Absichten des Dichters gerecht zu werden, aber ihrem freundlichen Temperament ist die dämonische Größe einer Steinberg'schen Frauengehalt westen fremd; es fehlte ihnen viel zu jugendlichen, sanfteren Zügen ganz der verhörten, hämische Ausdruck und der lauernde, tödliche Blick, und so konnte sie nicht über eine kluge schauspielerische Leistung ohne Geschicklichkeit hinauskommen. Um so echter und eindringlicher war die Tochter Vera von Hilde Felsch. Die Kindlichkeit, die Herzlichkeit, die Zukunftszeit und die naive, doch tiefste Lebensgröße dieses Mädchens, in dem der weibliche Saton noch schlummert, kamen in ihrer Darstellung mit ausnehmender Lebendigkeit zum Ausdruck, wenn auch ihrer Leistung herrlich die Rolle des Jünglings gefährlich zu werden drohte. Von den anderen Darstellern verdient noch der sehr natürliche Vater von Wilhelm Kallert hervorgehoben zu werden. Die übrigen Mitwirkenden haben ebenfalls und recht das Ihrige zum Gelingen der packenden Aufführung. Während wirkte die notwendigerweise allzu eifrige Mitwirkung aus dem Ensemble. Das Publikum gab seiner Mitgefühllichkeit durch die stürzenden Eindringlichkeit der Gartauschen Darstellungen durch starken Beifall Ausdruck. Da.

Bücherversteigerung.

Schlesische Monatshefte. 1. Jahrg., Heft 16. „Schlesien“ (1). Schlesien, dem geschiedenen deutschen Lande, ist das vorliegende letzte Heft unserer Heimatzeitschrift gewidmet. Ein weiteres soll später folgen. Selbstverständlich kann ein einzelnes Heft einer Zeitschrift immer nur ein Teilbild geben vom geistigen Leben einer Landschaft und soweit man das Vorliegende überflieht, ist auf dem zur Verfügung stehenden Raume, ein hübscher und die einzelnen Kulturgebiete beleuchtender Lebensbild gegeben. Die Entwicklung Oberschlesiens und seine Entwicklung in ihrer geographischen Bedingtheit behandelt Dr. Blich, Volz und über schlesische Baukunst macht Michael Koniarz sehr interessante Angaben. Den blühenden Vater-Dichter Hanns Fehner würdigt Wilhelm Dietz und für Gerhard König wird Carl Lange. Der hervorragende schlesische Dichter Hermann Borch, kommt mit einer wichtigen Urkunde Maharebe zu Wort und auch Namen von König, wie Arthur Silbergleit und Arnold Nitz flüchtig erwähnen. Nebenbei.

Mit dem Schlesien-Heft ist der erste Jahrgang abgeschlossen. Rufft man einen auch nur kurzen Blick auf die hier geleistete Kulturarbeit, so muß man dem Herausgeber nur Hochachtung spenden, der mit zäher Energie allen inneren und äußeren Widerständen getraut und hier ein wahrhaftes Heimatdenkmal geschaffen hat, wie es seit Jahrzehnten schon erstrebt wurde. Ueber die Zeitschrift selbst noch besonders Empfehlendes zu sagen, erübrigt sich, sie wirkt am besten für sich selbst. Und das zeigt auch das ständig wachsende Interesse der Leserschaft und die sich fast täglich mehrenden Abonnentenanzahl. Glückauf ins 2. Jahr! Zum Wollen des Volkes und der arg bedrängten deutschen Sache unserer ostdeutschen Heimat!

